Abonnementspreis
Inklusive der täglichen Unterhaltungs-Beilage Leben + Lassen + Kunst, sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn 80 Pf. Durch die Reichs-Post bezogen pro Vierteljahr M. 2,75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.
Sprechstunde
um wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Nr. 8465.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet und bei wöchentlich 6maliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. 1708.

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags.

Nr. 116. | Dresden, Donnerstag den 23. Mai 1907. | 18. Jahrg.

Getreideteuerung.

Vor kurzem veröffentlichten wir an dieser Stelle einen Artikel, der sich mit den Ursachen der hohen Getreidepreise beschäftigte. Wegen der Wichtigkeit des Themas geben wir auch die folgenden Ausführungen unseres volkswirtschaftlichen Mitarbeiters, der die Zollpolitik der Agrarier schärfer noch in den Vordergrund stellt, an gleicher Stelle wieder.

Die Erhöhung der Getreidezölle im deutschen Zolltarif mußte schon deshalb so erbitternd wirken, weil man für sie auch nicht einmal mehr jenes Moment anführen konnte, das sonst noch am ehesten, wenn auch keine Rechtfertigung der schädlichen Institution des Getreidezolles, so doch wenigstens eine Entschuldigung bieten konnte, wir meinen, die sinkende Tendenz der Getreidepreise, wie sie vorher durch die amerikanische Konkurrenz herbeigeführt worden war. Mit der Verringerung des freien Landes in Amerika, mit der raschen Zunahme seiner Industrialisierung, mit dem Steigen des Bedarfes nach amerikanischem Getreide in Asien mußte das Fallen des Getreidepreises naturgemäß ein Ende finden. In der Tat kann heute von einer „landwirtschaftlichen Krisis", die eine so große Rolle in der ökonomischen Literatur und in der politischen Agitation der achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gespielt hat, keine Rede mehr sein. Jene Rechtfertigung des Getreidezolles als eine Maßregel zur Milderung dieser Krise, obwohl immer falsch, da für diesen Zweck viel rationellere Mittel zur Verfügung gewesen wären, wird heute nicht einmal mehr von den Agrariern versucht. Solange aber die Preise die Tendenz hatten zu fallen, wurde die verteuernde Wirkung des Getreidezolles während der Dauer seiner Geltung wenigstens dadurch für die Konsumenten weniger fühlbar, daß die Weltmarktspreise sanken. Jetzt ist es umgekehrt. Nun aber haben die Konsumenten die angenehme Aussicht, daß die Preise weiter steigen und in Deutschland ständig um den Betrag des Zolles über dem Weltmarktspreis stehen werden.

Ist so der Getreidezoll schon in normalen Zeiten ein Uebel, gegen das anzukämpfen die Sozialdemokratie ständig bedacht sein muß, so wird er geradezu ein Unglück und ein Wahnsinn, wenn eine ungünstige Ernte eintritt. Er bewirkt dann förmliche Notpreise.

Eine ungünstige Ernte aber wird jetzt erwartet, die Getreidebörsen beginnen bereits die Preise entsprechend hinaufzusetzen. Der Preis für Weizen betrug an der Berliner Produktenbörse im August 1906 175,25 M. pro Tonne, für Roggen 156,25 M., Februar 1907 waren sie auf 187,75 und 177,50 M. gestiegen. Seit April hat eine rasche Steigerung eingesetzt und bereits ein Niveau erreicht, das seit 1891/92 nicht mehr erreicht worden war. Weizen erreichte einen Preis von 206,50 M., Roggen von 203,50 M.!

Kein Zweifel, daß die Erhöhung der Preise bis jetzt zum Teil durch die Spekulation vorgenommen worden ist, die eine schlechte Ernte erwartet. Aber ebensowenig kann bezweifelt werden, daß, wenn diese wirklich eintritt, die Preise noch weiter steigen werden und bald effektiv werden. Man kann natürlich über die künftige Ernte heute noch kein sicheres Urteil abgeben, jedoch ist es bereits wahrscheinlich geworden, daß die abnorme Witterung ungünstig auf den Ernteausfall eingewirkt hat. Auch die offiziellen Berichte lauten ziemlich ungünstig. Der amerikanische Saatenstandsbericht gibt die Anbaufläche auf 28 132 Mill. Acres an, während sie im Dezember auf 31 665 Mill. Acres geschätzt worden ist. Demnach wäre infolge der Winterschäden ein Areal von 3533 Mill. Acres aufgegeben worden. Nicht minder unerfreulich lautet der Bericht über den Stand der Saaten selbst. Ihm zufolge würde der Ernteertrag um 89 Mill. Bushels hinter dem vorjährigen von 494 Mill. Bushels zurückbleiben. Ebenso wird der Ernteausfall in Kanada, Ungarn, Rumänien, Indien und Rußland ungünstig geschätzt. Sollten diese Befürchtungen, die für die Agrarier, Getreidehändler und Spekulanten ebensoviele Hoffnungen bedeuten, wirklich zutreffen, so würde für die arbeitende Bevölkerung geradezu ein bedrohlicher Zustand heranbrechen.

Es ist dabei interessant, daß in Deutschland die Steigerung bereits im März eingesetzt hat, während damals in den meisten Ländern noch ein Sinken des Getreidepreises stattgefunden hat. Für Weizen betrug der Preis im März 1906 175,46 M., im März 1907 dagegen 188,56 M. In Chicago aber fiel er von 120,68 M. im März 1906 auf 118,53 im März 1907. Zudem machte sich in Deutschland eine verhältnismäßige Knappheit in Getreide fühlbar zu einer Zeit, wo auf dem Weltmarkte die Zufuhr noch sehr reichlich war.

Diese Erscheinung erklärt sich aus der Wirkung, die das System der Einfuhrscheine und die Aufhebung des Identitätsnachweises gehabt haben. Wenn Getreide ausgeführt wurde, wurde früher der Zoll nur dann zurückerstattet, wenn nachgewiesen wurde, daß das ausgeführte Getreide wirklich dasselbe sei, das früher eingeführt wurde. Diese Bedingung, der Identitätsnachweis, wurde 1894 aufgehoben. Seitdem erhält jeder, der Getreide aus Deutschland ausführt, den Zoll ersetzt; er bekommt nämlich einen Einfuhrschein, der ihn berechtigt, gleichviel Getreide zollfrei einzuführen. Dies hat zunächst die Wirkung, daß der Zoll immer voll im Preise des Inlandgetreides zur Geltung kommen muß. Denn ist der Preis im Inland niedriger als der Weltmarktpreis plus Zoll, so wird das inländische Getreide ausgeführt; man erhält den Zoll vom Staate und kann auf dem Weltmarkt mit Profit verkaufen.

Als daher in Rußland, in dem im Jahre 1906 eine Mißernte war, die Preise anzogen, drehte sich das bisherige Verhältnis um; während wir sonst von Rußland Getreide bezogen, führten wir umgekehrt jetzt nicht nur nach Rußland, sondern auch nach dem sonst von Rußland versorgten Skandinavien Getreide aus. Dazu kam noch folgendes: Während ein Teil des Getreides noch zum alten niedrigeren Zollsatz eingeführt war, erhielt man, seitdem im März die neuen Tarife in Geltung traten, bei der Ausfuhr den erhöhten Zollsatz, so daß der Staat für die Entblößung Deutschlands mit Getreide noch eine Prämie zahlte, nur um den Agrariern möglichst rasch hohe Getreidepreise zu verschaffen. Volkswirtschaftlich betrachtet ist dieses System der Einfuhrscheine in diesem Jahre von besonderer Schädlichkeit. Denn während im Frühjahr das Ausland das Getreide aus Deutschland verhältnismäßig billig erhielt, müssen wir es jetzt zu den gestiegenen Weltmarktpreisen zurückkaufen. Dies hätte wenigstens in diesem großen Umfang nicht stattfinden brauchen, wenn nicht das System der Einfuhrscheine die Ausfuhr so stark begünstigen würde.

Es ist selbstverständlich, daß die Entwicklung der Getreidepreise die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft in besonders hohem Maße in Anspruch nehmen wird. Der Ausfall der Ernte ist diesmal besonders wichtig, weil von ihm zum guten Teil die Fortdauer der günstigen Konjunktur abhängig ist. Die Prosperität ist an einem Punkt angelangt, wo jede starke Verminderung der Konsumtionsfähigkeit ihre Fortdauer unmöglich machen würde. Vom Ausfall der Ernte hängt in Europa in erster Linie der Absatz der Textilindustrie, in Amerika außerdem noch die Einnahmen der Eisenbahnen ab. Eine Verringerung der Eisenbahneinnahmen aber würde die Eisenbahnen hindern, die geplanten großen Erweiterungen vorzunehmen, würde also die amerikanische Eisenindustrie ihres größten Kunden berauben. Eine Erschütterung des amerikanischen Eisenmarktes müßte aber unfehlbar auch in Europa der Hochkonjunktur ein Ende bereiten. Die Erhöhung der Brotpreise würde also zusammenfallen mit einer Wirtschaftskrise, mit verringerten Einnahmen, vermehrter Arbeitslosigkeit.

Die Arbeiterschaft aber weiß, daß ihr in Deutschland das Brot künstlich verteuert wird durch die Zollpolitik der Agrarier. Wenn sie gegen die natürlichen Ursachen nichts vermag, so wird sie desto energischer alles tun müssen, um die künstlichen Ursachen der Teuerung zu beseitigen. Die Teuerung wird für sie zum Signal eines erneuten Kampfes, eines frischen Ansturmes werden gegen die Zollpolitik der herrschenden Klassen, vor allem gegen die Agrarzölle. Aushungern wird sich die deutsche Arbeiterklasse zugunsten der verhaßten Junker nicht gutwillig lassen. **Steigen die Getreidepreise, so müssen die Zölle fallen!**

Die „perfiden und phantastischen" Forderungen.

Der 18. evangelischsoziale Kongreß ist am Dienstag in Straßburg mit einer Rede des Professors Adolf Harnack aus Berlin eröffnet worden. Auf große Erfolge kann der Evangelischsoziale Kongreß in diesem Jahre ebensowenig blicken, wie in irgend einem früheren; die soziale Gesetzgebung stockt, und die Reichspolitik wird noch immer von den beiden Leitsätzen beherrscht, daß die Kompottschüssel voll und daß Christlichsozial Unsinn ist. Herr Professor Harnack braucht also einen Schuldigen dieser, wie wir gerne annehmen wollen, ihn ernstlich betrübenden Erscheinung und findet ihn — wo sonst? — natürlich in der Sozialdemokratie! Wo wären wir schon, und welche Segnungen würde das arbeitende Volk nicht schon genießen, wenn es keine sozialdemokratische Partei gäbe, denkt Herr Harnack, und wörtlich sagt er:

> Trotz der Erschwerungen, die die Sozialdemokratie durch maßlose Forderungen der Arbeiter, wie wir sie eben wieder erleben, der Förderung der sozialen Gesetzgebung bereitet, muß die soziale Gesetzgebung durchgeführt werden.

Welche maßlosen Forderungen Herr Professor Harnack schaudernd miterlebt hat, bleibt ungewiß, wenn es nicht etwa die bekannte Forderung der Berliner Bauarbeiter, die Verkürzung des Neunstundentags um eine halbe oder ganze Stunde, sein soll. Diese Forderung ist aber, wie Harnack als Berliner wissen muß, von den Bauunternehmern, ohne daß von den Arbeitern erst ein Streik beschlossen worden wäre, mit einer allgemeinen Aussperrung bestraft worden, und Kreise, die weit von der Sozialdemokratie entfernt sind, bemühen sich zurzeit, eine baldige Einigung der streitenden Parteien herbeizuführen. Will Harnack den von ihm gepredigten „sozialen Frieden" dadurch fördern, daß er Oel ins Feuer gießt und sich, als guter Evangelischsozialer, mit ein paar Redensarten geradeswegs auf die Seite der Unternehmer schlägt?

Es ist auch gar nicht einzusehen, warum die „maßlose" Kulturforderung" des Achtstundentags den Evangelischsozialen ihre Arbeit erschweren soll. Wo bleibt denn nur der gesetzliche Maximalarbeitstag von zehn Stunden, für den zu stimmen die Sozialdemokraten bereit sind? Ist es ihre Schuld, daß er noch immer auf sich warten läßt?

Sofern aber die Bemerkung Harnacks nicht auf eine besondere Frage zielen, sondern ganz allgemein gedacht sein sollte, so kann es nicht schaden, wenn Harnack einmal in der Geschichte der Evangelischsozialen Bewegung selbst nachblättern will, um über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur sozialen Reformarbeit nützliche Aufschlüsse zu gewinnen. Der gewesene Hofprediger Stöcker, gewiß auch ein Gegner der Sozialdemokratie und als solcher noch viel fanatischer als Harnack, war es, der in der Anfangszeit der Evangelischsozialen Bewegung in seiner Rede „Ueber den Programmentwurf für die christlichsoziale Arbeiterpartei" wörtlich erklärte:

> **Es ist das große Verdienst des Sozialismus, daß er uns energisch auf die soziale Frage aufmerksam gemacht hat, daß wir seit 15, 20 Jahren die sozialen Verhältnisse mehr ins Auge fassen.**

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat also nach dem Geständnis Stöckers die evangelischen Herren erst auf die soziale Frage aufmerksam gemacht; ohne jene wären diese noch gar nicht aus dem Ei gekrochen; dennoch seufzt Harnack heute: Wie weit wären wir ohne die „maßlosen Forderungen" dieser Bewegung! Als Entschuldigung mag für ihn gelten, daß seine Rede eine Eröffnungsrede war; diese muß, obgleich die Kompottschüssel voll und Christlichsozial Unsinn ist, und obgleich hinterher der von der Hoftafel ausgeschlossene Curtius bejubelt wurde, programmgemäß mit einem Kaiserhoch enden. Hätte Harnack die Verdienste der Sozialdemokratie um die Sozialreform anerkannt, wäre er logischerweise am Ende bei einem Hoch auf die Sozialdemokratie angelangt, und das wäre nicht bloß programmwidrig, sondern schickt sich auch aus andern Gründen nicht für einen deutschen Universitätsprofessor.

Politische Uebersicht.

Nationalliberaler Wind.

Die Nationalzeitung beschäftigt sich abermals in einem Leitartikel, der mit den Initialen ihres jetzigen Chefredakteurs Harms gezeichnet ist, mit der Stellung der Nationalliberalen zur preußischen Wahlrechtsfrage. Die Zustände in Preußen, so wird hier ausgeführt, seien unhaltbar, die Masse der Bevölkerung wende ihr politisches Interesse dem Reiche und den kleinen Bundesstaaten zu und schere sich den Teufel um die preußischen Landtagswahlen. Daraus entrichte sich ein ungesunder Zustand. **So blutleer und vertrocknet wie in diesen letzten Jahren sei die preußische Politik wohl seit den Tagen der Heiligen Allianz nicht mehr gewesen.** Weiter heißt es wörtlich:

> Es kann nur anders werden, wenn die Fenster der preußischen Staatsstuben weit aufgerissen werden und ein scharfer Wind in das bureaukratische Idyll hineinbläst . . . Dieser Wind heißt Wahlreform . . . **Verschwinden wird die Frage der Wahlreform in Preußen nicht mehr.** Möge die Landtagsfraktion sich rechtzeitig vorsehen, daß sie nicht über sie komme wie der Dieb in der Nacht! Die Wahlen müssen auch hier, müssen hier vor allem eine geschlossene, einheitlich geordnete Schlachtreihe finden.

Wer indes glaubt, der Chefredakteur Harms wolle mit diesen Worten die Nationalliberalen zur Anerkennung jener Wahlrechtsforderung bewegen, die von der Nation der Preußen gestellt wird und die ihrer allein würdig ist, nämlich des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts, der irrt sich. Herr Harms will zwar von dem „plutokratischen Dreiklassensystem" nichts wissen, aber noch weniger von der Einführung des Reichstagswahlrechts, die von den Freisinnigen und dem größeren Teil des Zentrums beantragt ist. Dazu bemerkt er schnippisch:

> Mögen Zentrum und Freisinnige mit Forderungen krebsen gehen, die sie weder verwirklichen wollen (!) noch können . . . .

Es wird Sache der beiden angegriffenen Parteien sein, sich gegen diesen Vorwurf, sie wollten ja gar nicht, was sie beantragten, selbst zu verteidigen! Sofern dieser edle Streit zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen wirkt, haben wir schon gar keine Ursache, uns einzumischen, da es ja Blockbrüder sind, die einander so ziemlich die schimpflichsten Betrügereien nachsagen, die man einem Politiker nachsagen kann. Auf das „Wollen" und „Können" kommt es ja auch gar nicht an, denn die Herren werden dem preußischen Volke ja doch erst dann sein Recht werden lassen, wenn sie müssen. Und wenn Herr Harms erklärt, der Wind, den Preußen brauche, heiße Wahlreform, so ist darauf zu antworten: Richtig! Aber die nationalliberale Wahlreform ist — — Wind!

Galizische Wahlen.

Ein Wiener Arbeiter, der am 14. Mai in Krakau beschäftigt war, schildert der Wiener Arbeiterzeitung die Eindrücke, die er am Wahltage in Krakau empfing. Er schreibt: Der erste Eindruck, den ich am Wahltage um 6 Uhr früh erhalten habe, hat mich auf das tiefste erregt. Ich fühle mich nicht mehr in Oesterreich, sondern tief nach Sibirien versetzt. Ueberall sah ich Haufen von Polizisten, **sämtliche Wahllokale waren im Umkreise von etwa 50 Metern von Militär umzingelt,** die Soldaten in voller Marschausrüstung und mit aufgepflanztem Gewehr. Ich konnte meiner Gefühle nicht mehr Herr werden, so daß ich meinen Bekannten, der in meiner Nähe war, fragte, ob das Gesetz alles das vorschreibe. Aber nicht genug daran. In den größeren Häusern und Höfen stand Kavallerie. Hinter der Mauer von Soldaten standen **Polizeikommissare,** Detektivs und **Polizeisoldaten** und hinter diesen wieder Agitatoren der Regierungspartei. Unsere Agitatoren durften sich nicht in die Nähe der Soldatenmauer getrauen, viel weniger das Wahllokal betreten. Die gegnerischen Agitatoren durften frei schalten. Die Polizisten sahen ruhig zu, wie **der unverschämteste Stimmenverkauf** getrieben wurde. **Von 10 bis 300 Kronen wurde für die Stimme gegeben.** Die städtischen Arbeiter sowie die Arbeiter der städtischen Gaswerke wurden von ihren vorgesetzten Beamten gezwungen, dem Gegner **Daszynskis ihre Stimme zu geben,** und so etwas ist bei dem allge-